Datum:	15. Oktober 2013
Medium:	www.kleinezeitung.at
Thema:	Trotz Kritik: Regress bleibt

Trotz Kritik: Regress bleibt

Der Landtag stimmt heute über eine Volksbefragung über den umstrittenen Pflegeregress ab. Doch SPÖ und ÖVP trotzen dem Druck und werfen den Bundesländern Feigheit vor.

Foto © APA
In der Steiermark müssen sich auch Kinder an den Kosten der Pflege ihrer Eltern beteiligen

Im Herbst verlieren die Bäume ihre Blätter. Rot-Schwarz im Bund verlor Wähler. Auffallend viele in der Steiermark. Aber ein möglicher Auslöser dafür, der steirische Pflegeregress, dürfte nicht fallen. Das sickerte gestern in der Burg durch. Die Spitzen von SPÖ und ÖVP haben sich nach intensiven internen Debatten darauf geeinigt, Kurs zu halten. Damit wird auch der Vorstoß der Grünen nach einer Volksbefragung über die umstrittene Rückersatzpflicht im heutigen Landtag ohne Mehrheit bleiben.

Stattdessen kontern SP und VP der Kritik, die nach der Wahl vom Bund abwärts niederging. Der Ton wird rau. So nimmt Pflegelandesrätin Kristina Edlinger-Ploder (ÖVP) die anderen Länder, die diese Art des Pflegeregresses nicht (mehr) einheben, gegenüber der *Kleinen Zeitung* ins Visier: "Für mich ist das nicht sozial, sondern feig. Die Länder wissen, dass steigende Pflegekosten ihre Budgets sprengen werden und haben nicht den Mut, den Bürgern reinen Wein einzuschenken."

DER REGRESS

Der Aufwand: Ein durchschnittlicher Pflegeplatz wird mit einem finanziellen Aufwand zwischen 3500 bis 4000 Euro monatlich beziffert. Die Kosten teilen sich Land (60 Prozent) und Gemeinden (40 Prozent); im Vorjahr flossen in der Steiermark knapp 370 Millionen in stationäre Pflege. Ein Teil kommt via Pflegefonds des Bundes in die Länder zurück. Natürlich greift man auch die Einkünfte eines Gepflegten an.

6.200 Steirer haben im Vorjahr Pflegeregress geleistet. Die Einnahmen für das Land machten 9,7 Millionen Euro aus. Zieht man die Daten von August 2013 heran, gab es 5135 Regress-Fälle. Monatsvolumen: 923.000 Euro. In mehr als der Hälfte der Fälle zahlten Kinder für ihre Eltern.

Der Unterschied: Ein Regress, also ein Rückgriff auf die Einkommen der Angehörigen von Pflegebedürftigen, besteht in allen Bundesländern: wenn Eltern einen Teil der Kosten ihrer pflegebedürftigen Kinder ersetzen. Oder, wenn, wie in den meisten Ländern, Eheleute Rückersatz für den Partner zu leisten haben. Zum Unterschied anderer hebt die Steiermark aber auch bei Kindern von Pflegebedürftigen Geld ein.

Die Effekte: Je nach Bezirk unterschiedlich stark, ließ durch die Wiedereinführung des Pflegeregresses im Jahr 2011 der Druck auf die steirischen Pflegeeinrichtungen (10.500 Bewohner) nach. Diese und weitere Maßnahmen sorgten dafür, dass die Kosten für die Pflege nicht mehr alljährlich rapide steigen. Das entlastet nicht nur das Landesbudget, sondern auch die Sozialhilfeverbände (Gemeinden).

Die "Reformpartner" drängen ja darauf, dass die künftige Bundesregierung die Pflegefinanzierung österreichweit langfristig neu regelt. Die Notwendigkeit einer bundesweiten Lösung stellen die Grünen nicht in Abrede. Sie wissen: Auch die Aufstockung des Pflegefonds, wie sie im Bund vor der Wahl beschlossen worden ist, reicht nicht aus. Mit den 650 Millionen Euro zusätzlich für alle Länder ließen sich die Kosten der Steiermark für stationäre Pflege keine zwei Jahre abdecken. Dennoch müsse die - aus Sicht der Grünen - ungerechte Kostenbeteiligung von Kindern am Pflegeaufwand ihrer Eltern fallen: "Den Regress abzuschaffen, ist logische Konsequenz aus dem Wahlergebnis", meint Klubobfrau Sabine Jungwirth. Die Grüne verlangt eine Volksbefragung, um Rot-Schwarz "vom hohen Ross zu holen".

DIE POSITIONEN

SP-VP: Bund ist am Zug Voves-SP und Schützenhöfer-VP wollen am Pflegeregress festhalten, solange der Bund keine neue, einheitliche Finanzierung auf die Beine stellt. Für die Steirer denkbar wäre eine Pflegeversicherung oder eine "steuerliche Lösung".

Grüne: Volk befragen Die Grünen sind ebenso erklärte Regress-Kritiker, in der Landtagsdebatte fordert Sabine Jungwirth heute eine Volksbefragung zur Rückersatzpflicht. Zudem initiiert man Petitionen in Gemeinden, damit das Land den Regress abschafft.

FP: Land soll zahlen Die Freiheitlichen verlangen ein Ende des "familien- und kinderfeindlichen Pflegeregresses", so Klubchef Georg Mayer. Zumal die Einnahmen daraus nicht einmal ein Prozent des Landesbudgets ausmachen. Die Belastung sei aber ungleich höher.

KP: Regress abschaffen Knapp 18.000 Unterschriften gegen die "einzigartige Angehörigensteuer" haben Claudia Klimt-Weithaler und KPÖ in der Steiermark gesammelt. Und man trommelt weiter für die Regress-Abschaffung. Auch auf Gemeindeebene.

Die Unterstützung von FPÖ und KPÖ ist ihr sicher. Wenngleich alle in der Opposition wissen, dass es für eine Befragung keine Mehrheit geben wird. Alternativen? Auf eigene Faust die Unterschriften für eine Befragung zu sammeln, wird wegen des Aufwands derzeit nicht in Betracht gezogen. Stattdessen versucht man, den Druck über die Gemeinden zu erhöhen. "Wir haben schon 30 Gemeinderatsbeschlüsse, in denen das Land aufgefordert wird, den Regress abzuschaffen", schildern die Grünen. Bis Jahresende will man 50 derartige Petitionen haben.

Claudia Klimt-Weithaler und die KP setzen ebenso auf Unterstützung der Gemeinden. Von Eisenerz bis Zeltweg liegen bereits Resolutionen gegen den Regress vor. "Bei der Bezirksbezeichnung Vulkanland ist man zurückgerudert, das muss auch beim Regress möglich sein", ist FP-Klubchef Georg Mayer überzeugt.

Überzeugungsarbeit pro Regress wollen SP und VP auch in den eigenen Reihen leisten: Sie führen ins Treffen, dass 80 Prozent der Betroffenen daheim gepflegt würden. Hier seien Angehörige mit hohen nervlichen und auch finanziellen Belastungen konfrontiert.